

wendigkeit antifaschistisch-demokratischer, auf der Einheitsfront der Arbeiterklasse und einer antifaschistischen Volksfront basierender Staaten begründet.⁷⁰

Die Beratungen der kommunistischen und Arbeiterparteien in den letzten Jahren bereicherten die marxistisch-leninistische Lehre von Staat und Recht durch neue Leitsätze in vielfältiger Weise. So betonte die von der Beratung im Jahre 1957 angenommene Deklaration die Möglichkeit, die sozialistische Staatsmacht auf friedlichem Wege, ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg, zu errichten. Die Erklärung der Beratung des Jahres 1960 entwickelte die These von der notwendigen Vielfalt der Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und damit auch der notwendigen Vielfalt staatlicher und rechtlicher Formen weiter. Die Beratung des Jahres 1969 befaßte sich unter anderem mit der Vertiefung der allseitigen Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten, woraus sich wichtige theoretische Konsequenzen für das internationalistische Wesen des sozialistischen Staates und Rechts ableiten.

Indem die einzelnen marxistisch-leninistischen Parteien in ihren Beschlüssen und in ihrer Politik die allgemeingültigen Erkenntnisse über Wesen, Form und Funktion des sozialistischen Staates und Rechts, über die revolutionäre Beseitigung des bürgerlichen und die gesetzmäßige Errichtung des sozialistischen Staates und Rechts, über notwendige Übergangsformen zum sozialistischen Staat entsprechend den jeweiligen historischen Bedingungen an wenden, tragen sie zur Bereicherung der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtstheorie bei.

Übereinstimmungen in den Erfahrungen der einzelnen sozialistischen Länder machen es möglich, neue Gesetzmäßigkeiten des Staates und Rechts zu formulieren. So heben die programmatischen Erklärungen aller marxistisch-leninistischen Parteien in den real existierenden sozialistischen Staaten hervor, daß in der Periode der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die Vertiefung der sozialistischen Demokratie die Hauptrichtung der Staatsentwicklung ist.

Vor allem die KPdSU leistete und leistet eine große schöpferische Arbeit zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtsauffassungen. Es war die KPdSU, der sich das Problem des Staates unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus praktisch und theoretisch zuerst stellte. Dieses Problem wurde infolge der sozialen Veränderungen in der Sowjetgesellschaft und der Wandlungen im internationalen Kräfteverhältnis aufgeworfen. Als Resultat kollektiver Anstrengungen der KPdSU konnte im Programm der KPdSU festgestellt werden: „Der Staat, der als Staat der proletarischen Diktatur entstand, ist in der neuen, gegenwärtigen Etappe ein Staat des gesamten Volkes, ein Organ, das den Interessen und dem Willen des gesamten Volkes Ausdruck verleiht.“⁷¹ Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung und öffentlichen Diskussion der neuen Sowjetverfassung vom 7. Oktober 1977 leistete die KPdSU einen großen Beitrag zur Ausgestaltung der Theorie des sozialistischen Staates des ganzen Volkes und seines Rechts.

70 Vgl. W. Pieck/G. Dimitroff/D. Togliatti, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus*, Berlin 1957.

71 *Programm und Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Berlin 1961, S. 95.